



FOREF Europe (Forum for Religious Freedom), **Office:** Seidengasse 28/4, 1070 Vienna, AUSTRIA
President: Dr. Aaron Rhodes, **Secretary General:** Peter Zoehrer
Phone: +43 6645238794, **E-mail:** foref.office@gmail.com, **Website:** foref.info, **Blog:** www.foref-europe.org

Pressemeldung

Frankreichs Politiker planen Abtreibungsgegner mundtot zu machen

Die geplante Regelung macht Frankreich zum globalen Vorkämpfer von religiöser Diskriminierung und ist ein unverblümter Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Paris/Wien, 19.12.2016 (FOREF-Europa). Eine vom französischen Senat verabschiedete Gesetzesvorlage definiert und kriminalisiert die Veröffentlichung von Informationen gegen Abtreibung als Ausübung von „moralischem und psychologischem Druck“. Dieser Schritt verletzt auf unerhörte Weise die von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützte Religions- und Meinungsfreiheit, ebenso wie die im Abkommen der Vereinten Nationen enthaltenen und für Frankreichs gesetzlich bindenden internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, urteilt das Forum für Religionsfreiheit – Europa (FOREF).

„Falls diese Maßnahme zum Gesetz wird, würde Frankreich damit wie eine weltliche totalitäre Theokratie handeln,“ erklärt FOREF-Präsident Dr. Aaron Rhodes. „Der Streitpunkt ist dabei nicht, ob Abtreibung gut oder schlecht ist, sondern ob der Staat das Recht hat, die Verbreitung von Meinungen über diese Frage zu unterbinden und solcherart zum Sittenwächter für die Bürger wird.“ Und er fügt hinzu: „Vom Standpunkt der Menschenrechte gesehen, hat er dazu kein Recht.“

Die Gesetzesvorlage modifiziert den bereits existierenden Paragraphen L2223-2 des Französischen Gesundheitskodex, der Handlungen verbietet, die verhindern, dass Personen Informationen gegen Abtreibung unter Anwendung von „moralischem oder psychologischem Druck“ anbieten oder erhalten, z.B. durch Demonstrationen vor Krankenhäusern.

Das neue Gesetz würde diese Regelung auf „sämtliche Mittel“ der Kommunikation von Abtreibungsgegnern erweitern und zwar einschließlich von Webseiten, die danach beurteilt werden, ob sie Frauen von der Abtreibung abhalten könnten. Die neue Gesetzesregelung könnte daher Online-Meldungen von Abtreibungsgegnern und religiösen Glaubensgemeinschaften (einschließlich der Katholischen Kirche) beschuldigen, „Falschmeldungen“ über Abtreibung zu verbreiten. Ein Vergehen, das mit bis zu zwei Jahren Gefängnishaft und einer Geldbuße von fast EUR 30.000 geahndet wird! Das

stelle, laut FOREF, eine unzulässige Verletzung des Rechtes auf Meinungsfreiheit sowie auf Glaubens- und Religionsfreiheit dar.

Tatsächlich ist die bloße Mitteilung von Überzeugungen und Informationen gegen Abtreibung durch die Europäische Menschenrechtskonvention sowie dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte gesetzlich geschützt. Damit haben auch französische Bürger und Bürgerinnen ein international garantiertes Recht, ihre Meinung frei auszudrücken, insbesondere auch um moralischen Einwand zu äußern. Sie genießen rechtlichen Schutz, ihre religiöse Überzeugung auszudrücken selbst dann, wenn sie nicht den Vorstellungen der amtierenden Regierung entsprechen. Die Äußerung von religiösen Überzeugungen als „moralischen Druck“ zu bezeichnen ist daher nicht nur eine unverblühte Verweigerung des Rechts auf Religionsfreiheit, sondern verkörpert zudem einen unzulässigen Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Frankreichs katholische Wurzeln reichen tief. Laut dem katholischen Katechismus ist menschliches Leben vom Moment der Empfängnis an absolut zu respektieren und zu beschützen. Die traditionelle katholische Sichtweise argumentiert, dass der Embryo und seine Unversehrtheit verteidigt werden müsse, weil er bereits die volle Menschenwürde besitze. (Paragraph 2270-74).

Andere, in Frankreich vertretenen Glaubensrichtungen lehnen ebenfalls die Abtreibung aus theologischen Gründen ab. So meint Camel Bechikh, Präsident der Vereinigung *Fils de France*, dass „die Gesetzesvorlage die Religionsgemeinschaften vermutlich zum Rückzug aus dem öffentlichen Diskurs provozieren wird, weil ihnen nicht erlaubt ist, ihre moralischen Einwände zu umstrittenen Themen zu äußern.“ *Fils de France* ist eine Vereinigung, die unter den Muslimen französischen Patriotismus fördern will.

Der Gesetzesentwurf, der vom scheidenden französischen Präsidenten Francois Hollande ausgefochten wurde, ist am 7. Dezember 2016 vom Senat angenommen worden. Nun wird von einem Gemeinschaftsausschuss, welcher aus sieben Mitgliedern des Senats und sieben Mitgliedern der Nationalversammlung besteht, darüber abgestimmt.

Der Gesetzesvorschlag stellt nicht nur eine schwere Verletzung der Religionsfreiheit dar, sondern ist ein unverhohlener Angriff auf das Recht zur freien Meinungsäußerung der französischen Bürger und Bürgerinnen seitens der staatlichen Akteure. FOREF appelliert an die internationale Menschenrechtsgemeinschaft zu verhindern, dass die französischen Politiker eine schwerwiegende Verletzung der Grundrechte und Freiheiten begehen - jener Menschenrechte, für die sich Frankreich im eigenen Land wie auf internationaler Ebene in historischer Weise eingesetzt hat!

Weitere Auskunft:

Peter Zöhler (Direktor) 0043-664-523-8794

Aaron Rhodes (Präsident) 0049-170-323-8314

Email: foref.office@gmail.com

Blog: foref-europe.org